

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Dörflinger, Auer-Druck- u. Verlagsanstalt, Auer-Str. 10. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 30 Pf. Fernschreiben: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt, Auer-Str. 10. Telegramm: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt, Auer-Str. 10. Fernsprecher: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt, Auer-Str. 10.

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.50 Mark. Bei der Post bestellt monatlich 1.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie aus Postenstellen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenschriftliche Beilage oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg zu 1/2 Pf., auswärtige Anzeigen zu 1/2 Pf., Kleinanzeigen zu 1/2 Pf. Bei größeren Abzügen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis 12 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufträge der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 192.

Donnerstag, den 16. August 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler hatte gestern längere Besprechungen mit einzelnen Parteiführern, insbesondere mit Vertretern der deutschen Volkspartei und der Unabhängigen über die innen- und außenpolitische Lage.

Unter den neuen Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag zugehen werden, befindet sich auch ein Gesetzentwurf über die Schaffung einer Reichskriminalpolizei, der eine möglichst scharfe Bekämpfung des Ueberhandnehmens des Verbrechertums bezweckt.

Im Unterhaus sagte der Solicitor General, der oberste Rat habe beschlossen, daß französische, belgische, italienische und englische Juristen darüber beraten sollen, ob dem Völkerrecht weitere Fälle deutscher Kriegsschuldlasten zu überweisen seien.

Die Blättermeldung über einen Stillstand der neuen amerikanischen Friedensverhandlungen ist unzutreffend.

Die Interparlamentarische Union.

Von Nationalrat Dr. Heinrich Matsch-Wien.

Die Interparlamentarische Union nimmt nach einer langen, durch den Krieg verhaltenen Pause ihre öffentliche Tätigkeit wieder auf. Der Rat der Union hat sich seit dem Krieg schon wiederholt versammelt. Nun ist eine Konferenz der Union, die neunzehnte seit ihrem Bestehen, am 17. August in Stockholm zusammengetreten. Eine reichhaltige Tagesordnung wird eine Reihe von Gegenständen behandeln, die von großem allgemeinen Interesse sind. Man wird auf die Darlegungen der Referenten und auf die Beschlüsse der Konferenz, das aufmerksamste Augenmerk richten müssen. Die Interparlamentarische Union verankert ihr Entstehen den Bestrebungen nach Errichtung von Schiedsverträgen im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Ueber Vertreter des englischen Abgeordneten William Randal Cremer und des französischen Abgeordneten Frederic Passy fand am 29. Juli 1889 in Paris die erste interparlamentarische Konferenz statt, an der 96 Parlamentarier verschiedener Länder teilnahmen. Eine Reihe weiterer Konferenzen folgte, darunter eine in Wien (1903) bei der Wiener den Vorsitz führte. Späterhin wurde ein aus fünf Nationen bestehender Rat gewählt. Als Präsident trat an die Spitze der Union der belgische Ministerpräsident Beernaert, dann (1912) Lord Beardale, der 1894 der im Haag abgehaltenen Konferenz einen Bericht über die Frage eines internationalen Schiedsgerichtshofes erstattete. Der Krieg hat den Arbeiten der Union ein jähes Ende gesetzt und fast schien es, als könnte sie dieses Ereignis, das sie im innersten Kern traf, nicht überdauern. Es ist sehr wesentlich ein Verdienst ihres gegenwärtigen Sekretärs, des norwegischen Unbedarftprofessors Christian Lange, daß sie erhalten geblieben ist und nun ihre bedeutungsvolle Arbeit wieder beginnen kann.

Der Kreis der Aufgaben, die die Interparlamentarische Union sich gesetzt hat, ist außerordentlich gewachsen. Die Konferenz von Genf 1912 erklärte noch als Hauptzweck der Union die Herbeiführung schiedlicher oder friedlicher Lösungen internationaler Streitfragen, legt ihr aber außerdem alle Fragen zu studieren, die mit der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern in Zusammenhang stehen. Wir werden hören, welche Bedeutung die Veranstalter der bevorstehenden Konferenz diesem Auftrag gegeben haben. Außerdem handelt es sich heute nicht mehr so sehr darum, für internationale Schiedsgerichte Propaganda zu machen, als an den konkreten Lösungen mitzuwirken; das Statut des Völkerbundes enthält eine Reihe von Bestimmungen über die Schlichtung von Streitigkeiten sowohl zwischen Mitgliedern des Bundes als außerhalb desselben, und auf dieser Grundlage muß nun weitergebaut werden. Die Tagesordnung von Stockholm enthält dann auch ein Referat über das Verfahren in Untersuchungs- und Belegungsangelegenheiten vor dem Völkerbund, welches der deutsche Delegierte Walthar Schücking übernehmen soll. Außerdem wird die Konferenz Stellung nehmen zu dem durch die Friedensverträge geschaffenen Völkerbund, an dem bekanntlich mancherlei Kritik geübt wird. Dem Vernehmen nach wird den Bericht hierüber Lord Robert Cecil erstatten, eine der wenigen ganz großen Autoritäten auf diesem Gebiete. Auch die Stellung der Union zum Internationalen Arbeitsrat wird in einem Referat erörtert werden; leider ist mir noch nicht bekannt, wer mit dieser Aufgabe betraut werden wird. Ueber die Herabsetzung der Rüstungen wird der bekannte schwedische Parlamentarier Hjalmar Branting sprechen. Endlich wird Treub, der ehemalige holländische Handelsminister, über die Stellung des Völkerbundes zum internationalen Wirtschafts- und Finanzproblem vortragen, und dieses Thema ist wohl eine wesentliche Vereinerung des bisherigen Wirkungsbereiches der Union. Sie ist außerordentlich zu begrüßen, weil die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen heute mehr als je weltwirtschaftlich

zusammenhängen und auf das Verhältnis der Nationen bestimmend einwirken. Es gibt ja noch immer Leute, die meinen, daß die Staaten sich auch weiterhin wirtschaftlich streng isoliert entwickeln werden, während es doch immer deutlicher wird, wie sehr eine Volkswirtschaft auf die andere angewiesen ist und insbesondere der enge Zusammenhang zwischen französischem, deutschem und russischem Aufbau nicht verkannt werden kann.

Neben diesen vielen Aufgaben besorgt die Interparlamentarische Union ganz stillschweigend noch eine weitere: Parlamentarier verschiedener Länder miteinander in persönlichen Kontakt zu bringen und zu gemeinsamen Beratungen zu bereinigen. Und das ist durchaus nicht ihr geringstes Verdienst. Wer mit diesen Leuten dieses verhandelt und verhandelt nicht, der weiß, wie Menschen, die einander nicht kennen wenig geneigt sind, auf die Ideen und Motive des anderen einzugehen, und wie gerade daran Verständigungen scheitern, die sachlich möglich wären. Im öffentlichen Leben gilt genau das nämliche wie im privaten. Wird die persönliche Fühlungnahme der Parlamentarier durch die Union fortgesetzt und ausgedehnt, so werden schließlich die Parlamente einander nicht mehr fremd und gegeneinander so schroff gegenüberstehen. Man könnte von der geplanten Wenderung der Statuten der Union, die für die künftigen Konferenzen ein Delegationsystem vorsieht, eine Einschränkung dieser Wirksamkeit befürchten. Dem ist in dem Referat des belgischen Senators Saloniaine durch die Einführung von Kongressen vorgebeugt, an denen alle Mitglieder der verschiedenen Gruppen teilnehmen können. Der Sitz der Konferenz wird die wunder schöne Stadt Stockholm sein, in der sie schon 1914 hätte zusammentreten sollen. Baron A. de S. waerd, der Präsident der schwedischen Gruppe, wird also sieben Jahre später die auswärtigen Parlamentarier im Reichstagsgebäude willkommen heißen. Möge die bedeutungsvolle Tagung zu einem glücklichen Ende führen, möge sie einen würdigen Platz einnehmen an der ehrenvollen Seite ihrer Vorgängerinnen, und möge sie einen neuen Schritt bedeuten in der Annäherung und Verständigung der Völker, die allein auf den Trümmern der Vergangenheit eine glückliche Zukunft aufbauen kann.

Die Aufhebung der Rheinzölle.

Angesichts der Vieldeutigkeit der Pariser Beschlüsse über die Aufhebung der Sanktionen hält man in Älteren Wirtschaftskreisen mit bestimmten Urteilen noch zurück. Immerhin lassen sich gewisse Entwicklungsmöglichkeiten mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit voraussagen. Hinsichtlich der Einfuhr aus den Verbandsstaaten nach dem befestigten Gebiet unterscheidet man drei Perioden. Die erste würde bis zum 15. September dauern, dem Datum, an dem, wie angenommen wird, das Emser Ein- und Ausfuhramt seine Genehmigungstätigkeit, wie sie bisher galt, würde einstellen. In dieser ersten Periode erwartet man ein noch härteres Ansehen des Einfuhrgeschäftes, in Ausnutzung der Emser Genehmigungsbedingungen. Die zweite Periode würde sich bis zum 15. Dezember erstrecken, bis zu welchem Datum die bis zum 15. September erteilten Einfuhrbewilligungen des Emser Amtes längstens gelten vorausgesetzt, daß die bisherige Gültigkeitsdauer der Einfuhrscheine von drei Monaten über den 15. September hinaus bestehen bleibt. Die Entscheidung der Frage, ob das der Fall sein wird, ist ausschlaggebend für die zweite Periode. Hinsichtlich der dritten Periode, der Tätigkeit des in Aussicht genommenen interalliierten Organismus nach dem 15. Dezember, tappt man noch im Dunkeln. Da im amtlichen Text nur von einer Ueberwachung der Ausgabe von Einfuhrerlaubnissen gesprochen wird, könnte man annehmen, daß die neue Behörde sich darauf beschränken wird, einlaufende Anträge und die Erteilung der Genehmigungen zu kontrollieren. Das würde letzten Endes auf eine Art statischen Baro hinauskommen. Tatsächlich beabsichtigen die Verbandsbehörden schon seit einiger Zeit, in Robbenz eine derartige Einrichtung zu schaffen. Die wirtschaftlichen Kreise sind aber in diesem Punkte überwiegend skeptisch und glauben nicht, daß der Verband auf das Mitbestimmungsrecht in der einen oder anderen Form auf Erteilung der Einfuhrgenehmigung verzichtet wird, so daß materiell der bisherige Zustand nicht grundlegend geändert würde. Ueber diesen wichtigen Punkt bleibt weitere Aufklärung abzuwarten.

Eine zweite, äußerst heikle Hauptfrage ist die, was mit den importierten Warenmassen geschehen soll, die jetzt schon im Rheinlande aufgeschapelt sind und die sich, wie oben erwähnt, demnach noch wesentlich vermehren dürften. Ihre Ausfuhr ins unbefestigte Gebiet verhindert bis jetzt die Auffangorganisation der deutschen Regierung. Wird diese fallen müssen? Sicher wird in diesem Punkte der stärkste Druck versucht werden — nicht nur vom Verband. Auch einheimische Firmen haben sich stark übernommen. Der Schwamm ist aber voll gesogen. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus müßte man seine Ausbreitung ins unbefestigte Gebiet verhindern. Es wird aber auch die Ansicht vertreten, daß die deutsche Regierung Verhandlungen hierüber jedenfalls nicht ablehnen darf.

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

Die deutsche Regierung warnt ab. — Appell an das Weltgewissen.

Reichskanzler Dr. Brüning hat der Hoff. Aq. gegenüber seine Auffassung über die jüngste Phase, in die die ober-schlesische Frage durch Verweigerung an den Völkerbundrat getreten ist, wie folgt geäußert: Aus dem vom französischen Ministerpräsidenten unserm Geschäftsträger in Paris überreichten Schreiben haben wir lediglich erfahren, daß der Oberste Rat die Grenzfestsetzung in Oberschlesien vertagt hat. Ueber die Befragung des Völkerbundrates hat man uns Mitteilungen nicht gemacht, so daß ich mir in diesem Punkte Zurückhaltung auferlegen muß, bis sich eine Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus Herbeiziehung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder gutachtlichen Instanz erwachsen können. Rückhaltlos dagegen kann ich mich über

die ober-schlesische Frage an sich und über die Stellung der Reichsregierung dazu auch in dieser neuesten Phase äußern. Die ober-schlesische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung des Obersten Rates zwar mit klopfendem Herzen, aber mit Zuversicht erwartet. Wir hatten das Gefühl, daß der unanfechtbare Rechtsstandpunkt, auf den sich unser Anspruch auf Oberschlesien gründet, und die offene Politik, die die Reichsregierung vertritt, nicht ohne Eindruck in der Welt bleiben konnten. Wir durften hoffen, daß die historische, kulturelle und wirtschaftliche Berechtigung Deutschlands auf Oberschlesien, welche die Autonomie Oberschlesiens an das Deutsche Reich zur Notwendigkeit macht, anerkannt werden wird. Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in Verfolgung imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll. Leider wurde die Entscheidung erneut vertagt und die ober-schlesische Frage, die seit über 1 1/2 Jahr eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine

Schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Verzögerung der Entscheidung mittelst, wie versichert, daß der Ausschuss möglichst kurz sein werde. Ich erkläre darin ein kluges Einverständnis, daß man sich an Oberschlesien auf das schwerste verhält, wenn man es noch lange in dieser schwebenden Weise läßt und wenn man dem unglücklichen Lande noch nicht sein Recht gibt. Wir schließen uns der Mahnung an die Oberschlesier, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, voll an und drücken uns in dieser Beziehung weder etwas vorzumerken, noch uns zur Initiative treiben lassen. Auch die Bevölkerung im übrigen Deutschland folgt verständnisvoll und diszipliniert der Parole, die wir ausgegeben haben, durch keinerlei gewalttätige Handlung das klare Recht zu trüben, aus dem heraus wir diesen geistespolitischen Kampf bisher geführt haben. Wir haben von allem Anfang an darauf aufmerksam gemacht, daß die ober-schlesische Frage

eine rein deutsche Angelegenheit

ist, in der nicht leichtfertig gegen die Besiegten unter dem Motto des victis emicenden werden kann. Wir haben darauf hingewiesen, daß es eine europäische Frage ist, denn es könnte sich in Oberschlesien ein neuer großer Brand entzünden, wenn die Welt über die Selbstbestimmung der Bevölkerung triumphieren würde. Jetzt hat man an Europa, an die Welt, an die Gesamtheit der Nationen appelliert: der Weltfrieden und das Weltgewissen können eine ungerechte Lösung der ober-schlesischen Frage nicht ertragen. Wenn diese beiden Begriffe Wert haben, wenn sie keine Scheinwerte sind, deren sich lediglich die Propaganda bedient, dann brauchen wir auch heute nicht zu verzagen. Der Streitgegenstand Oberschlesien stellt sich nicht als irgendeine Grenzfrage dar, sondern das Schicksal dieses Landes ist mit dem Weltfrieden und von jetzt ab auch mit dem Ansehen des Völkerbundes, wie immer man auch über seine bisherigen Wirkungen denken mag, aufs innigste verknüpft. Seine Prinzipien, die von der gesamten Kulturwelt anerkannt werden, beruhen auf der Ueberzeugung: Der Frieden ist besser als der Krieg und man muß ihn mit allen Mitteln erhalten und in der Erkenntnis, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten ist und kein Volk gezwungen werden darf, unter anderen als selbstgewählten Regierungen und unter anderen als eigenen Besiegen zu leben. Zu dem Bewußtsein, daß man Völker nicht wie Stroh auf dem Schachbrett hin und her schieben darf, betonen sich alle Nationen. Bei diesen Prinzipien des Völkerbundes muß Oberschlesien deutsch bleiben; die Bevölkerung will es, wie die Zustimmung bewiesen hat. Nur wenn so das Selbstbestimmungsrecht fest und in vernünftiger Auslegung festgemacht wird, läßt sich eine friedliche Lösung der nationalen Gegensätze an den deutschen Ohrenschmalz schaffen. Andernfalls würden diese Ohrenschmalz unabwehrbar sein. Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht anders fallen als im deutschen Sinne.

us
end
bert.)
aten:
en
te
ker
erstr. 15
August
rts
Vor-
et von
Harry
igen,
cheint
igung
TIS
dem
den
der
enka,
rt.
ge-
inn 6
hr.
s 8 Uhr
rk
über
O
land.
AUE
erhoben
er
gen-
e.
gemäß
in der
ogen.
en
K. I.